

Kommunaler Arbeitgeberverband Baden-Württemberg (KAV) kritisiert Streikaufforderung im Nahverkehr scharf

„Völlig überzogene Forderungen“

Stuttgart. Mit großem Unverständnis hat der Kommunale Arbeitgeberverband Baden-Württemberg (KAV) auf die Streikankündigung der Gewerkschaft Verdi für den Nahverkehr reagiert. Die Verhandlungen für die mehr als 6.500 Beschäftigten in sieben Nahverkehrsunternehmen im Südwesten hatten am Vormittag in Stuttgart begonnen.

KAV-Hauptgeschäftsführerin Sylvana Donath kritisierte: „Von Verdi wurden uns heute Mittag zum ersten Mal konkrete Forderungen mitgeteilt. Die wirtschaftlichen Auswirkungen müssen nun analysiert und bewertet werden.“ In einer ersten Abschätzung bezeichnete Donath die Forderungen „als völlig überzogen“.

„Allein die geforderte Nahverkehrszulage in Höhe von 450 Euro im Monat würde eine entgeltwirksame Steigerung von deutlich mehr als 10 Prozent darstellen, erklärte KAV-Verhandlungsführerin Stephanie Schulze. Dazu sei die Forderung nach einem 14. Monatsgehalt angesichts klammer Städte und Gemeinden „gegenüber der Allgemeinheit nicht vermittelbar“. Die Beschäftigten im Nahverkehr in Baden-Württemberg verfügen aktuell bereits über 13,2 Monatsgehälter.

Mit dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst von April 2023 profitieren die Mitarbeitenden im Nahverkehr in Baden-Württemberg ab März von einer Entgelterhöhung von rund 12 Prozent, erklärten die KAV-Vertreterinnen. „Dadurch kommen noch einmal knapp 400 Euro monatlich obendrauf“, erläuterte Donath. Dabei liege der durchschnittliche Gesamtverdienst inklusive Zulagen für Mitarbeitende im Fahrdienst bereits heute bei etwa 3600 Euro brutto im Monat, so dass ab März ein durchschnittliches Bruttogehalt von 4.000 Euro erreicht werde.

„Die Löhne der Beschäftigten im Nahverkehr in Baden-Württemberg zählen bereits zu den höchsten bundesweit.“ Der Manteltarifvertrag im Südwesten sei schon „bundesweit Goldstandard“, sagte Donath. Die darin enthaltenen Regelungen liegen angesichts hoher Sonderzahlungen, Zuschläge für Sonn- und Feiertagsdienste weit über denen in anderen Bundesländern.

Als Gefahr für die Verkehrswende bezeichnete KAV-Hauptgeschäftsführerin Donath die Forderung nach einem schrittweisen Absenken der Wochenarbeitszeit von aktuell 39 auf 35 Stunden. Eine Umsetzung dieser Forderung würde die akute Personalnot auf absehbare Zeit weiter verschärfen. Insbesondere im Fahrdienst ist der Markt leergefegt, und das bei einer Arbeitszeitverkürzung benötigte zusätzliche Personal ist schlicht nicht vorhanden. „Die Folgen träfen beispielsweise die Be-

schäftigten selbst, die für ihre Kolleginnen und Kollegen einspringen müssten“, erläuterte Donath. Auch die Fahrgäste hätten die Folgen zu tragen, da es immer schwieriger werde, einen guten Takt und ein verlässliches Mobilitätsangebot zu halten.

Die nächste Verhandlungsrunde ist bereits für den 5. und 6. Februar vereinbart. Schulze erklärte: „Wir wollen zügig zu einem Abschluss kommen und die Einschränkungen für die Fahrgäste so gering wie möglich halten.“

Für Rückfragen steht Ihnen Frau Donath unter 0711 – 222 998 0 (sylvana.donath@kavbw.de) gern zur Verfügung